

**Titel** Solidarität ist nicht genug – Echtes Handeln gegen das Sterben auf der Flucht

**AntragstellerInnen** Hannover, keine

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Solidarität ist nicht genug – Echtes Handeln gegen das Sterben auf der Flucht

- 1 Seit 2015 ist die Mission „Sophia“ eine der wenigen Seenotrettungsmissionen der EU. Eigentlich geplant, um Schlepper
- 2 und Schmuggel im Mittelmeer zu bekämpfen, hat die Besatzung doch auch in Seenot geratene Menschen gerettet.
- 3 Anfang des Jahres wurde diese Mission verlängert, jedoch unter Druck von EU-Staaten wie Österreich, ins östliche
- 4 Mittelmeer verlegt. Warum? Weil keine Menschen mehr gerettet werden sollen, die aus den libyschen Lagern fliehen.
- 5 Somit sind die Geflüchteten auf dem Mittelmeer auf die zivile Seenotrettung angewiesen, die alles in ihrer Macht
- 6 Stehende tun, damit keine Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken und sie sicher in die EU gebracht werden.
- 7 Traurige Berühmtheit hat hier die Kapitänin Carola Rakete 2019 erlangt, als sie ohne Genehmigung in Lampedusa
- 8 angelegt hat, da die italienische Regierung keine Geflüchteten mehr aufnehmen wollte und auch andere EU Länder
- 9 sich nicht bewegt haben. Zwei Wochen haben die Geflüchteten und die Crew auf dem Mittelmeer verbracht – ein
- 10 Zustand der für niemanden an Bord tragbar war.
- 11 Die Abschottungspolitik der EU hat zu diesem dramatischen Vorfall geführt welcher als letzter Weckruf gesehen wer-
- 12 den muss.
- 13 Aber auch schon davor hat die zivile Seenotrettung die Abschottung der EU zu spüren bekommen. So wurden Schif-
- 14 fe mehrerer Organisationen beschlagnahmt z.B die Juventa der Organisation „Jugend rettet“. Kapitän\*Innen werden
- 15 verhaftet, weil sie Menschen gerettet und in die EU gebracht haben. Die Organisationen werden damit alleine ge-
- 16 lassen – und das nicht nur finanziell. Sie finanzieren sich durch Spenden, mit denen nicht nur die Missionen bezahlt
- 17 werden müssen, die Prozesse, die gegen die Mitglieder geführt werden, sondern auch das Reparieren der beschlag-
- 18 nahmten Schiffe, die in den Häfen verrotten. Bekannte Fälle von inhaftierten deutschen Seenotretter\*innen wie
- 19 der oben genannten Kapitänin Carola Rackete 2019 erlangen nicht nur mediale Aufmerksamkeit, sondern erfahren
- 20 glücklicherweise auch Solidarität - zumindest in eher linken Teilen der Bevölkerung. Dennoch dürfen auch die zahlrei-
- 21 chen einheimischen Seenotretter\*innen nicht vergessen werden, die z.B. in Libyen in zum Teil illegalen Gefängnissen
- 22 festgehalten werden. Unser Einsatz für Seenotretter\*innen muss ein internationaler sein!
- 23 Aktuell versucht die Bundesregierung auch immer wieder auf bürokratischen Weg gegen Seenotretter\*innen vorzu-
- 24 gehen. Erst im vergangenen Jahr hatte das Oberverwaltungsgericht Hamburg bestätigt, dass es sich bei der priva-
- 25 ten Seenotrettung um eine politisch-humanitäre Tätigkeit handele, die unter Freizeitgestaltung falle. Derart genutzte
- 26 Sportboote benötigen, im Gegensatz zu kommerziell betriebenen, kein sogenanntes Schiffssicherheitszeugnis. Das
- 27 Verkehrsministerium konterte nun im Sommer 2020 das Gerichtsurteil, indem es eine Verordnung reformierte, die
- 28 regelt, wer ein solches Zeugnis nicht vorweisen muss. Das Wort „Freizeit“ wurde durch „Erholung“ ersetzt. Da sich die
- 29 Lebensretter\*innen bei ihren Einsätzen nicht erholen, müssen sie nun den fraglichen Schein erwerben. Wie genau sie
- 30 ihre Schiffe dafür umrüsten müssen und welche Kosten dabei anfallen, ist unklar, da das Ministerium diesbezüglich
- 31 keine konkrete Auskunft lieferte. Diesen aktiven Versuch des deutschen Staats, die Arbeit von Seenotretter\*innen zu
- 32 verhindern, finden wir untragbar und beschämend.

33 **Wir fordern, dass die Verordnung zurückgenommen wird.**

34 Dass das Leben von Menschen, welche vor Krieg und Verfolgung fliehen, aufs Spiel gesetzt wird, nehmen wir nicht  
35 mehr hin. Die EU darf sich nicht weiter abschotten und die Aufgaben den engagierten NGO's überlassen, die zu  
36 alledem auch noch in ihrer Arbeit gehindert werden.

37 **Wir fordern daher das sofortige Einsetzen einer staatlichen Seenotrettung im gesamten Mittelmeer und fi-**  
38 **nanzielle Unterstützung der zivilen Seenotrettung bei Gerichtsprozessen und der Instandhaltung ihrer Schif-**  
39 **fe.**

40 Wir fordern außerdem, dass die EU die Kriminalisierung ziviler Seenotrettung beendet und dafür Sorge trägt, dass  
41 nationale Gesetze, die diese Rettungen verbieten, keine Anwendung finden.

42 Die massive Abschottung Europas findet sich auch beim Einsatz von Frontex wieder. Erst 2018 haben einige Mitglied-  
43 staaten sowie die Europäische Kommission eine Reform von Frontex vorgeschlagen. Das bedeutet, mehr Kompeten-  
44 zen von Beamt\*Innen an den Grenzen, aber auch mehr Budget. Dadurch fließt mehr Geld in die Abschottung. Und  
45 das, obwohl Frontex seit Jahren in der Kritik steht. Konkret geht es um die sog. „Push-Backs“, die Geflüchtete an den  
46 Grenzen zurückschicken, ohne zu prüfen ob sie Schutz benötigen. Es ist nicht nur eine menschenverachtende Aktion,  
47 sondern auch schlicht illegal!

48 Im Februar/März 2020 haben wir alle die Bilder von der griechisch/türkischen Grenze gesehen. Bilder, die Gewalt an  
49 Geflüchteten zeigen. Diese Gewalt an den Grenzen, ausgeübt von nationalen Grenzbeamt\*Innen, um „Grenzen zu  
50 schützen, damit sich das Jahr 2015 nicht wiederholt“, gibt es nicht erst seit diesem Jahr. Schon in den Jahren zuvor  
51 wurde von Gewalttaten an Geflüchteten berichtet, die vielerorts von den nationalen Grenzbeamt\*Innen begangen  
52 werden. Und Frontex? Angeblich unbeteiligt. Aber die Gewalt halten sie auch nicht auf, da man „nicht die Autorität  
53 habe, Ermittlungen gegen nationale Beamt\*Innen zu führen“. Wer sich so seiner Verantwortung für ein adäquates  
54 Verhalten von nationalen Grenzbeamt\*innen entzieht und von der Seitenlinie zuschaut, muss klar als Mittäter\*Innen  
55 benannt werden.

56 Aber auch gegen Beamt\*Innen von Frontex selbst gibt es Vorwürfe, dass es zu Menschenrechtsverstößen kam. Durch  
57 den Ausbau von Personal und Kompetenzen wird es auch in Zukunft noch schwieriger für die Betroffenen eine kon-  
58 krete Klage einzureichen. Eine Möglichkeit ist ein internes Beschwerdeverfahren. Aber wie gegen Verstöße einer In-  
59 stitution vorgehen, die sich selber kontrolliert?

60 **Wir fordern daher eine externe Kontroll- und Beschwerdeinstitution, die objektiv eventuelle Menschenrechts-**  
61 **verstöße untersucht. Gewalttaten und Push-Backs an den Grenzen müssen nicht nur personelle, sondern**  
62 **auch strafrechtliche Folgen haben. Mittelfristig fordern wir außerdem die Abschaffung von Frontex. Anstatt**  
63 **sich abzuschotten, sollte die EU lieber Geld für eine humane Asylpolitik in die Hand nehmen.**

64 Apropos Grenzschutz. Es wird nicht nur daran gearbeitet, dass es Flüchtende nicht über die Grenzen in die EU gelan-  
65 gen, es wird auch im Mittelmeer mit Hochdruck daran gearbeitet, dass es Flüchtende gar nicht erst zu den Grenzen  
66 schaffen.

67 Menschen, die per Boot übers Mittelmeer fliehen laufen nicht nur Gefahr auf dem Meer zu ertrinken, sondern auch  
68 von der sog. Libyschen Küstenwache aufgegriffen und zurück in die libyschen Camps gebracht zu werden, vor denen  
69 sie in erster Linie geflohen sind.

70 Die libysche Küstenwache ist keine Küstenwache im eigentlichen Sinn. Es handelt sich um Milizen, welche mit Waffen-  
71 gewalt und Drohungen Menschen nach Libyen zurückbringen. Es sind Menschen, die aktiv die zivile Seenotrettung  
72 behindern Menschen aus Seenot zu retten. Sie drohen Helfer\*Innen mit Waffen, beschädigen Schiffe und nehmen in  
73 Kauf, dass die Geflüchteten bei ihren Manövern verletzt werden oder sogar sterben. Es handelt sich um Menschen,  
74 die z.T von der EUNAVFOR MED (European Naval Force Mediterranean) ausgebildet werden. Es ist eine Institution,  
75 die von der EU massive finanzielle Unterstützung erhält, um Menschen von der europäischen Grenze fern zu halten.  
76 Wenn nötig mit Gewalt.

77 Was dort passiert, ist der EU klar. Dass in Libyen Menschenrechtsverletzungen stattfinden ist der EU klar. Und dass die  
78 sog. Libysche Küstenwache gegen die IMO SAR Konvention (International Convention on maritime search and rescue)  
79 verstößt ist ihnen ebenfalls klar. Libyen hat dieses Gesetz, dass erhebliche Freiheitsstrafen für diejenigen vorsieht,  
80 die durch ihr Handeln den Tod von Menschen auf dem Meer oder Gewalt anwendet um die Herrschaft über ein

81 Schiff zu erlangen, nicht ratifiziert. Die EU schon. Wer diese Machenschaften und eklatanten Menschenrechtsverstöße  
82 finanziell unterstützt, macht sich der Mittäter\*Innenschaft schuldig.

83 **Wir fordern daher die sofortige Beendigung der Zusammenarbeit mit der sog. Libyschen Küstenwache und**  
84 **deren finanzielle Unterstützung.**

85 **Wir fordern außerdem die lückenlose Aufklärung und strafrechtliche Verfolgung von vergangenen Manövern**  
86 **der sog. Libyschen Küstenwache gegen Geflüchtete und Mitglieder der zivilen Seenotrettung**

87 Neben den schon beschriebenen Restriktionen gegenüber Seenotretter\*innen wird auch auf anderem Wege das  
88 Recht auf Asyl massiv eingeschränkt. Im Zuge der Corona-Pandemie hat das Bundesinnenministerium im März 2020  
89 alle Resettlement-Verfahren für Menschen in humanitären Notlagen ausgesetzt. Der Antrag auf ein Asyl-Verfahren  
90 ist nur noch denen vorbehalten, die entweder bereits negativ auf das Virus getestet wurden, oder eine 14-tägige  
91 Quarantäne nachweisen können. So wurde faktisch das gesamte Asylgesetz ausgehebelt. Wir halten dies für eine  
92 gefährliche, Symbolpolitik ganz nach dem Motto "Germany first". Dieses Aushebeln des im Grundgesetz verankerten  
93 Rechts auf Asyl lässt Menschen sterben und reproduziert außerdem eine Verbindung zwischen Krankheiten ("dem  
94 Virus") und Geflüchteten, welche Rechte schon seit Jahren versuchen zu etablieren.

95 Zudem hat die Corona-Pandemie zu Tage gebracht, was viele auch schon vorher wussten: Nicht ausreichende Sa-  
96 nitäranlagen, die nicht mal zum regelmäßigen Händewaschen ausreichen und die Tatsache, dass die Camps massiv  
97 überbelegt sind, Social Distancing unmöglich. Hier muss sich gefragt werden, warum national alles getan wurde, da-  
98 mit sich der Virus nicht weiter ausbreitet, während in den Geflüchteten-Lagern nicht nur weggeschaut wird, sondern  
99 auch jede Hilfe verweigert wurde.

100 **Wir fordern, dass auch in "Krisen-Situationen" nicht einfach das Asylrecht umgangen und rechte Forderun-**  
101 **gen bedient werden. Solidarität darf nicht beim Einkaufsdienst in der Nachbarschaft, der ökonomischen Un-**  
102 **terstützung von Firmen oder dem "Social-Distancing" enden. Und vor allem darf Solidarität in Deutschland**  
103 **niemals "Deutsche zuerst" heißen.**

104 Die EU ist seit 2015 dabei einen Weg zu finden, wie die Geflüchteten auf die Staaten aufgeteilt werden können. Bis  
105 heute ist dabei nicht viel rumgekommen, gerade weil Staaten sich schlicht weigern Geflüchtete aufzunehmen und  
106 daher jedes Vorhaben in diese Richtung blockieren. Fluchtursachen zu bekämpfen kann dabei nur ein langfristiges  
107 Ziel sein. Menschen fliehen JETZT vor Krieg, Vertreibung, Klimakatastrophen und enden auf ihrem Weg in Camps wie  
108 Moria auf der griechischen Insel Lesbos, welches schon vor dem Brand traurige Berühmtheit erlangte, da es nicht für  
109 über 13.000 Geflüchtete ausgelegt war, sondern nur für wenige Tausend.

110 Im September 2020 ereignete sich ein Brand, welches das gesamte Camp zerstörte und zur Folge hatte, dass die  
111 Geflüchteten auf den Straßen schlafen mussten und nicht mal mehr ein Zeltdach über dem Kopf hatten.

112 Der Umgang der EU mit dem Camp Moria im Allgemeinen, aber auch gerade nach der Brandkatastrophe muss auch  
113 hier wieder als beschämend bezeichnet werden.

114 Anstatt schnelle Hilfe zu leisten, haben wir Bilder im Kopf wie die nationale Polizei auf der Insel Tränengas in die  
115 Menge schießen und auch vor Kindern keinen Halt machen.

116 Anstatt Konsequenzen aus dieser Katastrophe zu ziehen und die Geflüchteten auf die Mitgliedstaaten aufzuteilen,  
117 wurde das Projekt Abschottung und Abschreckung verlängert und innerhalb von Tagen ein neues Camp aus dem Bo-  
118 den gestampft. Zwar wurden von Deutschland 1553 Menschen aufgenommen, aber im Hinblick darauf, dass andere  
119 EU-Staaten sich strikt weigern Geflüchtete aus Moria aufzunehmen oder nur bereit sind, einigen Hundert aufzuneh-  
120 men, ist die Anzahl von 1553 Menschen bei einer so hohen Gesamtzahl an Menschen nur ein Tropfen auf den heißen  
121 Stein. Auch die Blockade des Innenministers Horst Seehofer gegenüber Landesaufnahmeprogrammen ist nicht in  
122 Ordnung. Alle Bundesländer und Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen wollen, sollten dies auch dürfen.

123 In Europa spielen sich eklatante humanitäre Katastrophen ab und die Staatengemeinschaft sieht zu. Das ist nicht das  
124 Europa, für das wir Jusos einstehen und kämpfen.

125 **Daher fordern wir die Aufnahme alle Geflüchteten aus dem Camp Moria und die Aufnahme von Geflüchte-**  
126 **ten aus anderen Camps auf den griechischen Inseln, um weitere humanitäre Katastrophen zu Beenden und**  
127 **Vorzubeugen, sowie die Einrichtung von Landesaufnahme Programmen um eine schnelle Rettung zu ermög-**  
128 **lichen.**

129 **Insgesamt fordern wir die EU und die Bundesregierung auf, endlich zu handeln, gegen das menschenver-**  
130 **achtende Agieren an ihren Grenzen vorzugehen und eine humanitäre Asylpolitik umzusetzen. Dazu gehören**  
131 **sichere Fluchtrouten und eine faire Behandlung der Geflüchteten im kompletten Asylprozess.**

132 *Begründung*

133 Erfolgt mündlich